

Pächters, wie es beispielsweise in Rußland geschehen ist, sondern nach Maßgabe der Größe des Pachtobjektes, wie es früher bestanden hat. . . Wer den Staatssozialismus als solches vollständig verwirft, muß sich die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung vorbehalten, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang der unsere freie Atmung lähmt, verbinden, mit dem Messer des Operateurs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen.

„Bodenreform“ (6. März 1927).
Damaschke knüpft daran die Bemerkung, daß es heute die gleiche Frage sei, wenn der Staat bei Arbeits-, Wohnungs- und Landnot eingreife.

Bismarck hat schon damals scharf umrissen, wie weit die erlaubten Grenzen des Staatssozialismus gehen und das denkende Bürgertum von heute ist mit ihm einer Meinung: „Wo Gesetz und Recht — und wir fügen hinzu ökonomische Ausweglosigkeit — zu einer Kette und zum Zwang werden, der die freie Atmung verhindert, da soll der Staat mit dem Messer des Operateurs einschneiden und neue gesunde Zustände herbeiführen.“ Innerhalb dieser Grenzen — und die deutsche Sozialdemokratie hat sich nach dem Fall des Sozialisten-gesetzes sehr bald auf den Boden dieser Bismarckschen Auffassung von Sozialismus bezogen — diskutiert das Bürgertum gern mit den „Vertretern der Arbeiterschaft“ über die Zweckmäßigkeit des Sozialismus. Die ganze parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat sich auf diesen Boden bezogen, wodurch sich der offizielle „Kampf um den Sozialismus“ in den von Bismarck angezeigten Grenzen abspielte: die Aufhebung der Lohnarbeit aber als das Ziel vieler revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsweise wird als Unsinn verschrien. Wir begreifen nur zu gut, warum.

Der offizielle Sozialismus ist damit die Bahn geschoben, wo er durch Staat und Gemeinde oder auch durch Vereinigungen der Arbeiter wie Cooperativen und Gewerkschaften dort die sozialen Mißstände überwinden will, wo die Privatwirtschaft zu deren Lösung unfähig ist. Aber er verläßt die Grundzüge der kapitalistischen Produktion, die Teilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen nicht. Er bleibt im Rahmen der bürgerlichen Gesetzmäßigkeit und kann auch nicht über die Grenzen derselben vorstoßen, weil darüber die bürgerliche Klassenkettung wacht. Der offizielle Sozialismus steht heute prinzipiell auf dem Boden der bürgerlichen Klassenordnung und ist darum auch dem Zwange der Bewegungsgesetze des Kapitalismus unterworfen.

Die Fragestellung, ob es ein bürgerliches „Sozialismus“ zuzulassen werden soll, ist nunmehr, ob er zweckentsprechend für die bürgerliche Gesellschaft ist oder nicht. Nicht wenig interessant ist zu sehen, wie manche Vertreter des Bürgertums hierin optimistischer sind, als ihre sozialistischen Parlamentskollegen. So wurde beispielsweise im Amsterdamer Gemeinderat über die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit beratschlagt und dabei gesagt, daß erst der Sozialismus die kapitalistische Unordnung in der Produktion und damit die Erwerbslosigkeit überwinden könne. Der Senator Dr. Vos antwortete darauf, daß die kapitalistische Produktion kein Chaos zu sein braucht. Es könne auch in diesem System nach einer Organisation der Produktion gestrebt werden. Die brennende Erwerbslosigkeitsfrage wurde dann auch so entschieden, daß die nicht zu umgehende Unterstützung möglichst rentabel angewandt wird.

Die österreichische Sozialdemokratie sieht im Rufe, recht radikal zu sein. Sie hat vor allem in dem sogenannten Wiener Gemeindefortschrittismus ziemlich viel von den angeblichen Erwerbslosen der Novemberrevolution zu erhalten verstanden. Dieser Wiener Sozialismus wurde den deutschen Arbeitern im letzten Wahlkampf als leuchtendes Vorbild gepriesen; wir haben es hier also mit einer praktischen Verwirklichung des offiziellen Sozialismus zu tun.

Aber dieser Sozialismus kann auch nicht zaubern, wie es ihm von „Hamburger Fremdenblatt“ vom 2. 6. 28 bewiesen wird. Die Zeitung äußert sich unter „Marxistische Wirtschaft“ wie folgt:

Buchbesprechungen

Der Mörder und der Staat. V. H. Mungenast. 92 Seiten, kartoniert 2,85 Mk. Verlag Walter Hädicke, Stuttgart.

Es gibt im jüngsten Zeitraum wohl kein so stark und tiefgründig umstrittenes Problem, wie das gesetzlich konzeptionell Mordes. So werden auch in diesem Buche 7) von Seiten mehr oder weniger hervorragender Zeitgenossen der bürgerlichen Gesellschaft äußertungen laut, die auch von Seiten der proletarischen Klasse Beachtung und Nutzenverwendung verdienen. Im allgemeinen argumentieren die Sprecher des Für und Wider von der Plattform psychologisch-ethischer Erkenntnis, die aus dem individuellen seelischen Erlebnis resultiert. Aus allen Zeiten der Vernunft der Todesstrafe blickt die nazifistische Heuchelei bürgerlicher Philantropie, welche im Krieges Heldensänge des Chauvinismus produziert, um in Friedenzeiten mit der Fahne der Weltverbesserung zu marschieren. Dieser Geist der Zweideutigkeit des Widerspruchs von Theorie und Praxis charakterisiert sich in diesem Heft in seiner Spitze durch eine theoretische Stellungnahme des Reichs-Justizministers A. D. Dr. Baumbach, welcher zu einer Zeit sein Amt bekleidete, die man, abgesehen von dem staatlich sanktionierten Fememorden, als die blutigste Epoche der deutschen Rechtsprechung betrachten kann. Der denkende Teil der Arbeiterklasse weiß, was es von diesen humanitären Aposiophasen, die in einseitigen stabilen Epochen der Wirtschaft den Scharfrichter auf Urlaub schicken möchten, um in Krisensituationen den Belagerungsstand mit den blutigen arbeitenden Ständen zu verhängen, zu halten hat.

Daß die Todesstrafe für die bürgerliche Gesellschaft keine allgemeine Prinzipienfrage, sondern nur Mittel zum Zwecke der Erhaltung ihrer Ordnung ist, beweist die Stellungnahme eines ihrer Protagonisten aus der Württembergischen Regierung: die Todesstrafe ist die dem Staat äußerste Notwehrmittel, um Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten, gerade wie der in jeder Verfassung vorzulesende Belagerungsstandes. Ebenso eindeutig spricht sich Katharina von Rußland über diesen Punkt aus, welche trotz ihrer oerversen Eigenschaften an klarem Klassenbewußtsein und logischer Konsequenz des Produzenten viel schärferer Theorie weit übertrifft; sie sagt folgende Worte: „In dem gewöhnlichen Zustand eines reifenen Wesens ist der Tod eines Bürgers weder nützlich noch nötig.“ Nur in einem Falle könnte er nötig werden: bei einer Revolte. Aus dem

„Wie wirkt sich nun die wirtschaftliche Arbeit des Austro-Marxismus aus? Die sozialdemokratische Gemeinde Wien treibt in Zillingdorf in Österreich ein Braunkohlenbergwerk, sie bezahlte jahrelang Löhne, die höher waren als die sonst üblichen, und die einer wirtschaftlichen Rentabilitätsberechnung nicht mehr entsprachen. Die Arbeiter in Zillingdorf glaubten, als Parteigenossen der Führer der Gemeinde Wien einen Anspruch auf höhere Löhne zu haben, einmal, weil sie bei Genossen in Arbeit stünden und zweitens, weil nach dem Linzer Parteiprogramm sozialdemokratisch geleitete Betriebe ihre Arbeiter, wenn möglich, günstiger stellen sollten als die privatkapitalistisch geleiteten Unternehmen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß infolge dieser höheren Löhne eine produktionssteigernde Modernisierung des Bergwerkes nicht durchgeführt werden konnte, und im Wiener Rathaus entstand bei sozialdemokratischen Führern die Frage, ob man es über den Versuch verantworten könne, das Zillingdorfer Werk unter solchen Bedingungen fortzuführen. Denn es wurde klar, daß in der Fortsetzung der bisher geübten Lohnpolitik auch ein nach modernsten Grundsätzen rationalisierter Bergbau in Zillingdorf unrentabel sein werde, und daß die Gemeinde Wien billiger unrentabel sein werde, wenn sie statt der Kohle aus Zillingdorf andere inländische Kohle aus Bergwerken, die privatkapitalistisch verwaltet werden oder ausländische Brennstoffe bezieht. Man kann es dem leitenden sozialdemokratischen Mannern der Gemeinde Wien nicht verübeln, wenn sie diesen fehlergeschlagenen Versuch ihrer Übertragung marxistischer Ideen in die Praxis nicht offen zurechen und den Zillingdorfer Betrieb nicht einstellen wollten. Aber irgendetwas mußte geschehen. Denn auch in einem Staat, in dem die Sozialdemokratie den Ausschlag gibt, läßt sich der wirtschaftliche Grundsatz der Rentabilität nicht ignorieren, und so mußten schließlich die roten Herren von Wien mit ihren Genossen, den Bergarbeitern von Zillingdorf, paktieren. Es wurde nach kapitalistischen Methoden der alte Kollektivvertrag gekündigt und die Löhne wurden herabgesetzt. Es zeigte sich, daß Beibehaltung seines Wortes „Wo kein Profit, da rauchen keine Schloten“ klüger war als seine Nachfahren von heute.“

Wir konstatieren und unterstreichen, was das „Fremdenblatt“ mit Recht folgert:
1. Auch in einem sozialdemokratisch geleiteten Betrieb kann der Grundsatz der Rente nicht vernachlässigt werden.
2. Auch in einem sozialdemokratisch geleiteten Betrieb ist die Höhe des Lohnes mit dem Rentabilitätsbegriff eng verbunden.

Natürlich braucht ein bürgerliches Blatt nicht zu wissen, daß dieser „Wiener Gemeindefortschrittismus“ mit dem Sozialismus, der die Lohnknechtschaft aufhebt, gerade so viel zum tun hat als das Kreuz, daß die italienischen Pfaffen über dem Nordturm fallen ließen, mit der Erde. Der „Wiener Sozialismus“ macht in Ausbeutung und muß es den fortschreitenden Rationalisierungsmaßnahmen auf diesem Gebiet und damit als nicht zweckmäßig minderwertig auf diesem Gebiet und damit als nicht zweckmäßig verraten wird.

Diese Art Sozialismus hat aber noch ein Anderes im Geiste, und diese Seite ist den Vertretern des Kapitalismus nur besonders angenehm. Es wird den Arbeitern bewiesen, daß sie auch in solchen Betrieben ihre Ansprüche nicht zu hoch stellen dürfen, weil sie sonst das ganze Unternehmen in Gefahr bringen. Die erzieherische Wirkung ist es, die dem Arbeiter beibringt, wie er seine Ansprüche in solchen Grenzen halten muß, daß dem Kapital der entsprechende Gewinn bleibt. Die gottgewollte kapitalistische Ausbeutung wird von diesen sozialistischen Befehlshabern als eine Art Naturgesetz bewiesen. So wird dann der „Sozialismus“ in die „natürlichen Schranken“ des Kapitalismus verwiesen und der aufwärtige Arbeiter wieder zum braven Bürger gemacht.

Achtung Bezirksführer!

Die nächste Sitzung der Berliner Zentrale findet am Mittwoch, den 22. August, pünktlich 8-Uhr abends an bekannter Stelle statt. Wichtige Tagesordnung. Arbeits-Ausschüß.

Gründe, weil die Todesstrafe für die herrschende Klasse und ihres lakonischen Anhangs nur Streitfragen der Zeit sind, welche im Zeitpunkt der Verschärfung der Klassenkämpfe zu einer Einheitsfront zwischen dem bürgerlichen Humanismus und den dunkelsten Reaktionen gegen das anstimmende Proletariat mit den Waffen der Maschinengewehre und Gasgranaten das Urteil der herrschenden Klasse sprechen wird, sind wir nicht wenig genug, gleich Ernt, die Abschaffung der Todesstrafe zu fordern, wie wir überhaupt nicht nur gegen die Todesstrafe, sondern gegen die gesamte kapitalistische Produktionsweise, die die Arbeiterklasse nicht aus Rachegefühl im Gedanken an die, von der herrschenden Klasse gemauerten Führer, sondern zur Erreichung des Zieles, die Mittel, darunter auch die Todesstrafe, nicht scheuen wird, werden die Richter in der Epoche der Diktatur des Proletariats von morgen sein.

Eingegangene Briefe

Dr. jur. Karl Korsch, Um die Tariffrage (Verlag R. L. Prager, Berlin NW 7) 50 S., 1.- Mk.
Prof. Antonio Gramsci, Kapital und Kolonien (Verlag R. L. Prager, Berlin NW 7), 98 S., 2,80 Mk.
E. M. Mungenast, Der Mörder und sein Staat (Walter Hädicke, Verlag-Stuttgart 1928) 92 S., kart. 2,85 Mk.
Oskar Kanel, Straße (Verlag Neue Gedichte (Verlag Oskar Kanel, Straße) Berlin 1928) 2.- Mk.
Anneli Balabanoff, Erziehung der Massen zum Marxismus (E. Laub-Sche Verlagshandlung Berlin) brosch. 2,50 Mk. (geb. 3,50 Mk.)
Alexander Schramm, Mensch u. Gesellschaft. Ein sozialistischer Atlas. — Lieferung 2 (Frankische Verlagshandlung Stuttgart) Preis 1,20 Mk.

Sozialistische Rundschau

Der internationale SPD-Kanzler

Zum Panzerbau der Hermann Müller-Regierung schreibt Helmut v. Gerlach in der „Welt am Montag“ vom 13. August unter dem Titel „Der schlimmste Flottenskandal“ folgende schönen Verse der SPD, ins Stammbuch:

Ich weiß, man behauptet, es handele sich um eine vom alten Reichstag beschlossene Sache, Das Kabinett habe sich über das Etatgesetz nicht hinwegsetzen können. Das ist dummes Zeug, eine unerhörte Sozialisation auf die Dummheit des Politikers. Wenn man gebend war, das Schiff zu bauen, brauchte man keine Kabinettsitzung über den Bau. Beschlossene Dinge hat man nicht zur Beschließung zu stellen. Es (Hermann Müller) mußte doch wissen, daß der Panzerbau im Vordergrund des Wahlkampfes gestanden ist. „Kriegsschiffbau oder Wohnungsbau? Panzer oder Kinderspeisung?“, das war die Fragestellung, die die Wähler von rechts nach links getrieben. Das machte die Deutschen schwach und die Sozialdemokraten stark.

Vorher, vorher! Millionen von Wählern fühlen sich getäuscht. Es wird schwer sein, ihr Vertrauen wieder zu gewinnen. Innenpolitisch gibt es den Kommunisten eine Waffe in die Hand, die sie gar nicht erst zu vergiften brauchen, die von selbst tödlich wirkt. Die Militaristen Deutschlands, geschlagen am 20. Mai, feiern nachträglich einen unverlöbten Triumph (1). Besser als der Sozialdemokrat Hermann Müller hätte ein deutscher Kanzler diese Sache auch nicht führen können.

Es stimmt in der Tat: Die internationalen Minister a. D. müssen vor Nicht bald klären, daß sie mit den Müller-Severing-Hilferding-Wissel nicht ein Kompagniegeschäft eingegangen sind.

Diese Frage ist nur: wieviel Panzerkreuzerbaue die SPD-Minister noch sanktionieren müssen, ehe die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß das Programm der reformistischen Koalitionspolitik der Sozialimperialismus ist.

Programm und Praxis

(Schluß.)

Die Kritik an dem Programm der Komintern hat sich bisher bewußt auf die wichtigsten Abweichungen gegenüber den von der KAP. und AAU. vertretenen Anschauungen beschränkt. Es ist dabei nach Möglichkeit vermieden worden, die Auseinandersetzung über die verschiedenen taktischen Differenzen noch besonders aufzuführen, weil sie den Genossen schon soweit in Fleisch und Blut übergegangen sind, daß die Wiederholungen überflüssig sind. Nur der Ursprung und die Entstehung der gegenwärtigen Lage der kapitalistischen Wirtschaft soll herausgehoben werden, um die Verfallensformen der Situation und die dazu führenden Gründe der Arbeiterschaft zum Bewußtsein zu bringen. Bei dem außerordentlichen Umfang des Entwurfes konnte nicht jeder Einzeleinzel nachgegangen werden. Hierzu müßte ein dicker Wälzer geschrieben werden. Dies kann daher nicht unsere Aufgabe sein.

Der Kampf gegen den Faschismus ist eine absolute Notwendigkeit, weil er durch die blutigsten Gewaltmethoden den Aufstieg der Arbeiterklasse, ihren Kampf gegen das Kapital zu unterdrücken sucht. Die von ihm versuchte Verklammerung der Arbeiterschaft muß aber an der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft scheitern, weil die fortschreitende Rationalisierung mit ihren enormen Großbetrieben zur Aufrechterhaltung der Betriebsdisziplin den Übergang zu arbeitgemeinschaftlichen Formen verlangt und außerdem nur durch eine gleichzeitige Bedürfnissteigerung, die ihrerseits einen weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat, die Ausnutzung der Rationalisierung erreicht, werden kann. Hauptsächlich aus diesen Gründen kann nicht anerkannt werden, daß der Faschismus eine notwendig oder gar den heutigen Bedürfnissen der Sicherung der Herrschaft des Finanzkapitals entsprechende

*) Siehe auch „KAZ“ Nr. 46 und die vorangehenden Nummern.

Die Schwelle

Von Turgenjew.

Ich sehe ein gewaltiges Gebäude, an den vorderen Wänden eine schmale Tür weit auf; hinter der Tür Finsternis. Vor der hohen Schwelle steht ein Mädchen. . . ein russisches Mädchen.

Kalt atmet die undurchdringliche Finsternis, und mit dem eisigen Strom kommt aus der Tiefe des Gebäudes eine langgezogene dumpfe Stimme:

„O du, die verlangst, diese Schwelle zu übertreten, weißt du, was dich erwartet?“

„Kälte, Hunger, Haß, Hohn, Verachtung, Beleidigung, Geißeln, Krankheit, selbst Tod?“

„Völlige Entfremdung, Vereinsamung?“

„Ich weiß. . . Ich bin bereit. . . Ich werde alle Leiden ertragen, alle Schläge.“

„Nicht nur von Feinden, selbst von Nächsten, Verwandten, Freunden?“

„Ja — auch von diesen.“

„Gut. Du bist auf ein Opfer gefaßt?“

„Ja — ein namenloses Opfer? Du wirst zu Grunde gehen, und niemand — niemand wird wissen, was Oedächnis er verhehren darf.“

„Ich brauche nicht Dank, nicht Mitleid. Ich brauche keinen Namen.“

„Bist du gefaßt auf ein Verbrechen?“ Das Mädchen senkte den Kopf.

„Gefällt auf ein Verbrechen.“

„Die Stimme erbeute nicht sobald ihre Fragen.“

„Weißt du?“ begann sie endlich, „daß du noch den Glauben verlieren kannst, den du zeugst; erkennen kannst, daß du dich getauscht und umsonst dein junges Leben verbrordest?“

„Auch das weiß ich. Und doch will ich eintreten.“

„Tritt ein.“

Das Mädchen überschritt die Schwelle — ein schwerer Vorhang ließ hinter ihr bersten.

„Helfe!“ kam es irgendwo als Antwort zurück.

Unterdrückungsform darstellt. Im Gegenteil; er bildet recht erhebliche Hemmnisse. Die Demokratie ist die beste Ausbeutungsform für die in der kapitalistischen Welt jetzt herrschende Schicht des Finanzkapitals bzw. des ihm allmählich ablaufenden Bankkapitals. Die verfallene Form der parlamentarischen Herrschaft stellt eine höhere Entwicklungsstufe dar als die offene Diktatur der Bourgeoisie, wie sie im Faschismus zum Ausdruck kommt. Es ist ein Unsinn, den Faschismus als ein Abwehrmittel gegen dauernde Bedrohung durch proletarische Massenaktion aufzufassen. Er ist vielmehr eine Folge einer Niederlage des Proletariats, das auf Grund des ökonomischen Druckes der Nachkriegsverhältnisse zum Aufstand gekommen war, und soll den kapitalistischen Wiederaufbau beschleunigt herbeiführen. Das Kapital hat im Jahre 1923 mit dem Ermächtigungsgesetz auch diesen Weg beschränkt. Es hat aber den trockenen Faschismus, verhilft durch die Demokratie, der offenen Tyrannei vorgezogen oder besser vorgezogen müssen, weil sein Aufbau ein weiterer Industrialisierungsprozeß sein mußte. Die Länder der faschistischen Diktatur, Ungarn, Italien, Spanien usw. sind im wesentlichen noch Agrarländer. Soweit sie aber, wie Italien, darüber hinausgewachsen sind, haben sie nicht die Rationalisierungsperiode im Weltmaßstab mitmachen können. Der Faschismus hat keine kapitalistische Zukunft. Diese Formulierung reicht zwar nach Opportunismus. Sie entspricht aber der historischen Situation. Am besten beweist dies die Entschlebung des deutschen Kapitals, das den Faschismus haben könnte, aber die Demokratie vorgezogen hat. Die völkische Bewegung, die eigentliche Trägerin der nationalen Diktatur, hat ganz enorm an Einfluß verloren. Die Deutschenationalen können sogar die abgeschwächte monarchistische Form ab. Wir haben schon die schwarz-rote goldene Einheitsfront von Westarp bis Breitscheid. Der Faschismus ist nur ein Rettungsring für die durch die Umschichtung der kapitalistischen Verhältnisse infolge des Krieges in das Hintertreffen geratenen kapitalistischen Wirtschaftsbild. Das Schwergewicht der europäischen Wirtschaft hat sich immer stärker an die westlichen an und um den Atlantischen Ozean gelegerten Staaten gekippt. Deshalb gehörte auch das französische Kapital mit seinen starken Mittelmeerinteressen mit zu den Staaten, die schnell aus der Inflation zur Stabilisierung gelangt sind. Der Faschismus spielt sich schon heute abseits der Weltgeschichte ab; er ist das Ringen der zum Tode verurteilten oder nicht mehr lebensfähigen nationalen Kapitalismen. Seine Anwendung kommt auch vorübergehend im Nachtrien von diesen Kapital und Arbeit in den „gefestigten“ Kapitalismen von dauernde Sicherungsmaßnahme von der Bourgeoisie eingeführt werden. Die bisher geübte und allgemeine übliche schematische Behandlung des Faschismus hat zu einer völligen Verwässerung des Begriffs und der Bewegung geführt. Die Untersuchung muß davon ausgehen, ob und wann die Einführung dieser Herrschaftsform der wirtschaftlichen und politischen Situation angepaßt ist. Dies ist allein entscheidend.

Einen weiteren zur Verschärfung der Krise und des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit führenden Gegensatz erblickt der Entwurf im Gegensatz zwischen Rußland und der kapitalistischen Welt. Was die Wertung als „komm.“ Gebilde und sein Kampf gegen die kapitalistischen Staaten betrifft, so konnte dies nur an Hand einer Analyse des wirklichen Charakters Rußlands aufgezeigt werden. In dieser Beziehung kann nur auf die vielen grundsätzlichen Artikel in der „KAZ“ zu diesem Problem verwiesen werden. Nach unserer Überzeugung besteht kein prinzipieller Gegensatz in der Wirtschaftsordnung, sondern nur in der imperialistischen Orientierung. Dieser Gegensatz ist ein Teil der sich dauernd steigenden Verschärfung innerhalb der kapitalistischen Welt selbst. Die Kämpfe, die zwischen dem Mutterland und dem zur Herrschaft strebenden nationalen Kapital der Kolonien und Halbkolonien bestehen, behandeln der Entwurf in der schon längst bekannten Form der notwendigen Hilfestellung des rev. Proletariats zum „Befreiungskampf der unterdrückten Völker“, weil dieser Kampf „objektiv ein Bestandteil der proletarischen Weltrevolution“. Diese Einstellung ist nur ein Mittel im Kampf des russischen Imperialismus gegen das endliche Kapital, da der schärfste Rivale Rußlands im Kampf um den asiatischen Markt ist.

Das Kapital über die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und die proletarische Diktatur ist weiter nichts als ein Versuch zur Rechtfertigung der Herrschaft der russischen Regierung und der von ihr eingeschlagenen wirtschaftlichen und politischen Linie. Es wird da die alte Theorie vom russischen sozialistischen Vaterland wieder aufgetischt. Die „Föderation sozialistischer Sowjetrepubliken“ wird als die einzige Entwicklungsform hingestellt und die proletarische Demokratie, wie sie in Rußland üblich ist, als das Vorbild gekennzeichnet. Es werden auch die proletarischen Errungenschaften, die angebliche Diktatur gegen das Kapital, lang und breit aufgezeigt. Ein ganz besonderes schönes und aufschlußreiches Kapitel wird der Umwandlung des kapitalistischen in die kommunistische Wirtschaft gewidmet. Wir hören da von „Enteignung und prof. Naturalisierung“ und wie die schönen Schlagwörter sonst heißen. Der in Rußland eingeführte Staatskapitalismus wird als ein Stück Sozialismus präsentiert. Den wirklichen Charakter dieses Übergangsstadiums — Übergang zum Kapitalismus — haben wir schon längst vor der prof. Öffentlichkeit klargelegt. Es soll nur noch festgestellt werden, daß diese Sorte „Sozialismus“ selbstverständlich vor der gesamten Landwirtschaft Halt macht. Dies ist nur ein Beweis für die kapitalistische Rückständigkeit dieses Agrarkapitalismus mit dem kommunistischen Löwenfell.

Im Schlußkapitel wird noch das Verhältnis Rußlands zur internationalen proletarischen Revolution erörtert. Es werden die russischen Staatsnotwendigkeiten in die revolut. Bewegung „hineinverarbeitet“. Rußland wird zum Ausgang und Mittelpunkt der rev. Einstellung gemacht. In diesem letzten Kapitel liegt aber der ganze Zweck der 2. Internationale. Es müßte das erste Kapitel sein. Der ganze Entwurf ist weiter nichts als eine Rechtfertigung der russischen Staatspolitik, der internationalen Strategie der russischen „Sowjet“-Bourgeoisie. Die rev. Bewegung ist für sie nur ein Hilfsmittel ihrer bürgerlichen Politik.

Panzerkreuzer-Reformismus

Die Reden auf dem Weltkongreß der 2. Internationale über Pazifismus und allgemeine Abrüstung haben ein selten schönes politisches Ecko gefunden. Während Rudi Breitscheid und Arthur Crispian in Brüssel sich als Meisterbläser der „Völkerbundes“-Friedensliebe bewandern ließen, haben ihre Ministergenossen daheim einen äußerst drastischen Anschauungsunterricht über den Wert des sozialdemokratischen Pazifismus geliefert: die Reichsregierung hat mit Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister beschlossen, den Bau des Panzerschiffes A in Auftrag zu geben. Wie in Berlin gerichtlich verurteilt, hat das Büro des Brüsseler Kongresses, die Müller-Severing wegen dieser ihrer pazifistischen Heldentat zu lebenslänglichen Ehrenvorsitzenden der 2. Internationale ernannt. . . .

Dech Spaß beiseite, — es handelt sich hier um eine ernste grundsätzliche Frage besonders für die deutsche Arbeiterschaft. Die Entscheidung, der sozialdemokratischen Reichsminister rollt das ganze Problem der reformistischen Politik auf, und die hydraulischen Hammerschläge des neuen Panzerschiffes sind besser als die Brüsseler Flötensänge geeignet, die proletarischen Massen zur Erkenntnis des eigentlichen Wesens der sozialdemokratischen Politik wachzuarufen.

Der Panzerkreuzer A war schon einmal ein leidenschaftlich umstrittenes Objekt. Das war im sogenannten Wahlkampf, vor einem Vierteljahr erst. Damals wurde der Panzerschiffbau durch Reichsratsbeschluß vertagt und die SPD benutzte von allen ihren Wahlschlagern den Panzerkreuzer A als stärksten parlamentarischen Sturmbock gegen die Deutschenationalen. „Kriegsschiffbau oder Wohnungsbau“, „Panzerkreuzer oder Kinderspeisung“, war das Feldgeschrei, mit dem die Partei der Müller-Severing-Hilferding-Wissel in die Papierzeitungschlacht zog — und siegte. Kein Zweifel: die SPD siegte am 25. Mai nicht zuletzt deshalb, weil ihre Wahlparole „Erst Brot, dann Kriegsschiffe“ die politische Wirkung auf die große Masse einfach nicht verfehlen konnte. Denn daß die sozialdemokratischen Wahlversprechungen von Millionen als bare Münze genommen wurden, versteht sich bei der politischen Urteilsunfähigkeit der breiten Massen leider von selbst.

Doch schneller als sonst sind diesmal die parlamentarischen Illusionen der SPD. geplazt. Schneller als sonst erweist sich praktisch; daß der parlamentarische „Kampf“ nur ganz üble Demagogie vor ordinarischer Massenbetrug ist! „Panzerkreuzer oder Kinderspeisung“ war die Lösung, unter der die SPD am 20. Mai zur führenden Regierungspartei aufstieg — und drei Monate später erklärten die SPD-Minister ihren Wählern: „Der Panzerkreuzer wird gebaut!“ Ja, die prominenten SPD-Führer tun heute so, als ob der Bau des Panzerschiffes A eigentlich eine platte Selbstverständlichkeit sei! Der „Vorwärts“ vom 15. 8. verteidigt die Haltung seiner Ministergenossen folgendermaßen:

„Bisher war man ziemlich allgemein des Glaubens, daß der Reichsratsbeschluß vom 31. März die endgültige Entscheidung in die Hände des neuen Kabinetts und des neuen Reichstags gelegt habe. Das hat sich nun als falsch herausgestellt. Auf dieser falschen Auffassung über basierte die Haltung, die die Partei während des Wahlkampfes in der Frage des Panzerschiffbaus einnahm. Der Kampf wurde so geführt, als ob er nicht zu gewinnen wäre, während er, wie erst später klar wurde, seit der Zurücknahme des Reichsratsbeschlusses schon so gut wie verloren war.“

Es war also alles Lug und Trug, was die SPD in der Panzerkreuzerfrage den Arbeitern vor dem 20. Mai aufzischte. Die Parole „Panzerkreuzer oder Kinderspeisung“

Ein Treppenwitz der Weltgeschichte

Gewerkschaftslogen spotten ihrer selbst.

Karlsruhe, 15. August. Die Karlsruher Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltete anläßlich des Verbandes in der badischen Landeshauptstadt am Dienstag nachmittags eine Demonstration der Metallarbeiter, die unter einer imposanten Kundgebung der gesamten Karlsruher Arbeiterschaft ausoberte. Nach Schlußschluß strömten Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen nach der großen Friedhöfe vor der Stadthalle. Der Verbandstag hatte auf einstimmigen Beschluß hin seine Sitzung auf einke Zeit unterbrochen. Vom Balkon der Konzerthalle sprachen die auf dem Verbandstag anwesenden Vertreter der ausländischen Metallarbeiterorganisationen, der Schweizer Bz. als Sekretär der Eisenen Internationale Domes-Wien, Gally-Brüssel und andere. Die Reden waren eine einzige Mahnung zum läckenlosen freigewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Arbeiter gegen das geschlossener organisierte Unternehmertum. Sie waren zugleich, was besonders von der Rede des belgischen Metallarbeiterführer gilt, eine Kampfansage gegen die Kriegsschiffbau- und Schiffbauarbeiten.

Handelte vom Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes übermittelte der vieltausendköpfigen Menge die Größe der Gewerkschaftsführer, die nicht mehr zu Wort kamen. Er versicherte unter dem Beifall der Demonstranten, daß auch der Deutsche Metallarbeiterverband im Kampfe gegen den Kapitalismus und den Krieg niemals erlahmen werde.

Vertreter des gewerkschaftlichen Schlichtungsfaschismus und des Panzerkreuzerreformismus produzieren sich als Kämpfer gegen Kapitalismus und imperialistischen Krieg, während die andere Führergarnitur in Berlin Panzerkreuzer bauen lassen.

Wirtschaft

Gigantenkampf

Konkurrenzkampf vorübergehender europäischer und amerikanischer Stahlkölige.
Das amerikanische Kapital tritt angesichts der rückläufigen Konkurrenz vorübergehender europäischer Stahlkölige in den Konkurrenzkampf gegen die kontinentale europäische (langereisende) Konkurrenz. Unlängst haben führende amerikanische Stahlmagnaten zusammen mit dem Präsidenten des

ein ganz erbärmlicher Watschwindel mit dem Zweck, möglichst viel Mandate zu erschleichen. Das muß der „Vorwärts“ heute mit seiner obigen Erklärung offen bestätigen. — denn nur Narren können glauben, daß die parlamentarischen Strategen der SPD, über die negative Entscheidung des Reichsrats nicht im klaren waren. Das jämmerliche Verlegenheitsgremium der „Vorwärts“-Redaktion soll die Arbeiterschaft nur von der Abrechnung mit der Panzerkreuzer-Sozialdemokratie abhalten. Denn die Haltung der Müller-Severing-Hilferding-Wissel hat die SPD in eine äußerst kritische Situation gebracht. In allen Parteibezirken rebellieren Mitgliedergruppen gegen diese Sorte „Arbeitervolk“. Der Bezirksvorstand Leipzig fordert den Austritt der SPD-Minister aus der Regierung und sofortige Einberufung des Parteitag. Die „Sächsische Volkszeitung“ (Zwickau) stellt offen die Frage, ob die Zugehörigkeit zu einer Regierung wichtiger ist, als die Befreiung des politischen Kontos von der Verantwortlichkeit für den Panzerkreuzerbau. Die oberste Bürokratie der SPD hat alle Hände voll zu tun, um für den lächerlichen Sturm genötigt abschwächende zu schaffen.

Die Rebellion sozialdemokratischer Arbeiter gegen die Panzerkreuzerpolitik ihrer Führer zeigt gewiß, daß auch in der SPD, noch nicht alle Funken proletarischen Klassenbewußtseins erloschen sind. Doch es nützt absolut nichts, gegen die sozialdemokratischen Reichsminister als die alleinigen Sündenböcke der Panzerschiff-Affäre Sturm zu laufen. Die Politik der SPD-Minister muß nicht an ihren grotesken Auswirkungen bekämpft werden, sondern sie muß an ihrer Wurzel gepackt werden, wenn das Uebel mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden soll. Ohne Reformismus keine Koalitionspolitik, ohne Koalitionspolitik kein Flottenskandal — das ist die grundsätzliche Frage, die durch die sozialdemokratischen Panzerschiffminister auf die Tagesordnung gestellt ist! Es ist das ebene Gesetz jeder Koalition einer Arbeiterpartei mit bürgerlichen Schichten, daß dabei die Interessen des Proletariats soweit zurückgestellt und geopfert werden, wie es eben den Forderungen des der herrschenden Klasse angehörenden Partners entspricht. Ob es da um Zwangsschlichtung, Rationalisierungsmaßnahmen, Zölle, Abbau der Sozialpolitik, neue Zahlungsansätze oder Kriegsschiffe geht, das hängt nicht vom Willen des unterdrückten Proletariats ab, sondern von den jeweiligen kapitalistischen Staatsnotwendigkeiten. In seiner Programmrede hat Hermann Müller-Franken schon ein hohes Lied auf den neuen imperialistischen Aufstieg Deutschlands angestimmt, weil er sonst als Kanzler von Kapitals Gaden unmöglich ist und im übrigen die staatsbürgerliche SPD sich von niemand an Vaterlandslied überfressen lassen kann. Von dieser nationalen Basis ausgehend, müßten die SPD-Minister auch den vom Reichsrat nicht abgelehnten Panzerkreuzerbau sanktionieren, weil dies durchaus auf der Linie der von ihnen gebilligten Außenpolitik liegt.

Sozialdemokratische Koalitionspolitik als praktischer Ausdruck der reformistischen Theorie ist eben nicht möglich ohne schwerwiegende Konzessionen an die herrschende Bourgeoisie. Auch die zum Panzerkreuzerreformismus ausgeleitete SPD-Politik ist nichts anderes als ein zwangsläufiges Resultat der reformistischen Kompromißkuschelerie. Die oppositionellen SPD-Arbeiter müssen deshalb begreifen, daß der wirkliche Kampf gegen die Bourgeoisie erst da anfängt, wo mit den reformistischen Methoden radikal Schluß gemacht wird. Nur mit den modernen Waffen der KAP. und AAU. kann sich das Proletariat aus der eisernen Umklammerung des Panzerkreuzerreformismus befreien und seine Klassenkräfte mobilisieren zum revolutionären Massenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft.

Die europäischen Stahlproduzenten an den Plan gerufen. Die europäische Stahlindustrie ist zusammengeslossen zur europäischen Stahlmagnaten-Gesellschaft, der aber England nicht angehört, das, wie schon erwähnt, mit Amerika geht. Die europäischen Stahlmagnaten sitzen im Augenblick zusammen und beraten einen weiteren und engeren Zusammenschluß der gesamten kontinentalen europäischen Stahlindustrie. Wahrscheinlich werden die Beratungen zu dem Ergebnis führen, daß Exportzentralen geschaffen werden, wie sie die Steel Export Association vorberichtet. Es sind nur noch Schwierigkeiten um die Festsetzung der belgischen und französischen Quoten zu überwinden.

Die Zeit ist nicht mehr fern, wo sich in der Welt nur noch zwei große Konkurrenzströme des wichtigsten industriellen Rohstoffes gegenüberstehen. Dazu kommen die jungen Stahlindustrien Asiens, die in immer stärkerer Masse die asiatischen Staaten versorgen und den beiden gegeneinander kämpfenden Ozeanen den Markt und somit den Boden unter den Füßen entziehen. Der Kampf wird auf dem Rücken des Proletariats ausgefochten werden. Lohndruck, Preissteigerung, verschärfte Ausbeutung und Arbeitslosigkeit werden die Folgen sein.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

Die europäischen Stahlmagnaten bezwecken die Zukunft als verhängnisvoll. Das bezieht sich auf den Profit. Die Arbeiter wissen aber aus Erfahrung, daß die Unternehmer letzten Endes alle Lasten auf sie selbst abwälzen. Dem Proletariat wird in absehbarer Zeit schon in noch verheerenderer Weise eingebüßt werden, daß es sich mit seiner Berufsverunsicherung und mit einer Kleinrenterei das eigene Grab schaufelt.

lichen Kapitals gegen eine Industrialisierung seiner Kolonie Indien, entwickelt sich dieses langsam aber stetig zu einem Industrieland. Folgende beide Tabellen mögen das beweisen:

Einfuhr nach Britisch-Indien				
	1925/26	1924/25	1922/23	1913/14
Wert in Mill. Rupien	2260,8	2466,3	2327,1	1832,5
Wert in Mill. RM.	3478,2	3445,6	2900,7	2495,7

Ausfuhr aus Britisch-Indien				
	1925/26	1924/25	1922/23	1913/14
Wert in Mill. Rupien	3853,5	3981,7	3143,3	2488,8
Wert in Mill. RM.	5928,6	5562,9	3918,1	3389,6

Diese Statistik, die letzte vorliegende, ist nicht mehr neu, an verschiedenen Einzelbeispielen haben wir aber wiederholt bewiesen, daß gerade im letzten Jahre die Industrialisierung Indiens Fortschritte gemacht hat. Bei den Tabellen ist zu beachten, daß die Ausfuhr eine weit größere Steigerung aufzuweisen hat als die Einfuhr. Daraus muß geschlossen werden, daß das Land sich in steigendem Maße mit den Produkten der eigenen Industrie selbst versorgt. England hat durch Indien einen starken Verlust erlitten. Wohl hielt die amerikanische Industrie der indischen stand, nicht aber die englische. Während Indien in der Vorkriegszeit aus England mehr als zwölfmal so viel Waren bezog als aus den Vereinigten Staaten und Japan zusammen, ist das Verhältnis in den letzten Jahren nur noch wie 1:3/4. Im Export war England vor dem Kriege mit einem knappen Viertel beteiligt, heute ist es ein Viertel. Der Export nach Japan ist stark gestiegen; der Vormarsch Indiens auf dem Weltmarkt ist um so bemerkenswerter, als das Land außerdem bester ist durch Gehälter und Pensionen, die nicht mal im Lande verzehrt werden, sondern nach England gehen, an die Büttel des englischen Kapitals, die ehemals Indien unterdrückten. Noch deutlicher drückt sich Indiens wirtschaftliche Verselbständigung aus, wenn man die Warenposten für sich betrachtet:

Einfuhr nach Britisch-Indien nach Warengruppen (in Millionen Reichsmark)				
	Lebens- und Genussmittel	Halbfabrikate	Fertige und halb. Waren	
1913/14	335,8	143,8	1976,9	
1922/23	386,1	234,2	2236,2	
1924/25	594,9	293,8	2591,9	
1925/26	506,9	322,9	2590,5	

Ausfuhr aus Britisch-Indien nach Warengruppen (in Millionen Reichsmark)				
	Lebens- und Genussmittel	Halbfabrikate	Fertige und halb. Waren	
1913/14	889,8	1679,3	785,7	
1922/23	916,7	994,9	960,0	
1924/25	1262,5	2762,2	1260,5	
1925/26	1281,7	3143,2	1451,7	

Indien ist nach dieser Tabelle zwar noch immer das Aufmarschland für Rohstoffe der englischen Industrie, es verarbeitet sie aber in steigendem Maße selbst, wie die steigende Ausfuhr von Fertigfabrikaten es beweist. Auch der Import von Rohstoffen stieg, wenn er auch erst 10 Prozent der Gesamteinfuhr betrug. Fast vier Fünftel des gesamten indischen Imports kamen in der Vorkriegszeit auf Fertigfabrikate. Auf der anderen Seite fielen ca. drei Viertel des indischen Exportes auf Lebensmittel und Rohstoffe; die Entwicklung in der Nachkriegszeit zeigt zwar gewisse Tendenzen, aber in abgeschwächter Weise. Der Import der Fertigfabrikate ist zurückgegangen. Der Import von Rohstoffen ist gestiegen. Im Export ist der Anteil der Fertigwaren gestiegen. Hier ist ein Rückgang im Lebensmittel- und Rohstoffexport zu konstatieren, der darauf hindeutet, daß das indische Baumwolltextil auszuführen beginnt. Das bedeutet, daß England nur in einem sehr zähen Kampfe in Indien seine eigene Industrie züchtet, daß es auf alle Weise versucht, in Indien zu halten, was es in China nicht halten kann. Die Ausfuhr Japans und Chinas ist zahlenmäßig und prozentual mehr gestiegen als die Britisch-Indien. Japan hat gegenüber der Vorkriegszeit seinen Außenhandel verdoppelt. China hat ihm um rund die Hälfte gesteigert. Das kleine, dichtbevölkerte Japan ist aber auch ein reines Veredelungsland geworden und in China hat der Krieg die Einfuhr stark gestoppt. Britisch-Indien dagegen verbraucht den größten Teil seiner Industrieerzeugnisse selbst. Der zähe Kampf Britisch-Indiens um seine wirtschaftliche und politische Verselbständigung und die glückliche Lagerung von Kohle und Eisen bieten die Gewähr dafür, daß das Land dem europäischen Kapitalismus bald noch größere Schmerzen bereiten wird. Für das Proletariat bedeutet das steigende Veredelungs, solange es sich die Ausbeutung gefallen läßt.

Aus der Internationale

Der Sozialismus in Oesterreich

Wien, 17. August 1928.
Zwei Länder gibt es auf der Welt, in denen der Sozialismus aufgebaut wird: Rußland und Oesterreich. Da gibt's nichts zu lachen, das sind traurige Dinge. Die Bourgeoisie hat verschiedene Methoden, das Proletariat vom wirklichen Kampf um den Sozialismus, um der Revolution, abzurufen. Eine einfache Methode besteht darin, den Sozialismus als eine Utopie hinzustellen, als eine Träumerei, die mit ehenen etc. im Widerspruch steht und nie und nimmer usw. Eine andere, schon etwas bessere Methode, bezeichnet den Sozialismus als eine großartige Sache, die sicherlich einmal kommen wird, aber erst in später Zeit, wenn unsere Kinder und Kindeskinde, etc. werden Menschen besser sein werden und wenn überhaupt einmal bessere Zeiten kommen werden. Die dritte und beste Methode hat man nach dem Krieg erfunden: Wie, wenn es der Bourgeoisie mit Hilfe der „Arbeiterparteien“ gelangt, ein ungeheures Theater aufzuführen, so, als ob der Sozialismus schon da wäre? Wenn der Sozialismus schon da ist, dann braucht man keine Revolution mehr, dann kann man aus dem Arbeiter die dreifache Leistung herauspressen um den halben Lohn, denn er arbeitet ja für sich selbst, für den Aufbau des „Sozialismus“, und verläßt ein Auftragsnehmer mehr Lohn, so kann man ihn nach Sibirien schicken, denn er ist ja ein Konterrevolutionär, der den „Sozialismus“ sabotiert! Mit einem Wort, der Kapitalismus gedeiht nie besser, als wenn der „Sozialismus schon da“ ist. Dieser gigantische Bluff der neueren Geschichte, das Ziel des Klassenkampfes als schon erreicht hinzustellen und den Kapitalismus Sozialismus zu nennen, ist die Methode Moskaus und sie wird dilettantisch nachgeahmt in Wien.
Nach dem blutigen 15. Juli 1927 glaubten die revolutionären Proletarier in Oesterreich, daß dies Ereignis wenigstens die eine gute Seite haben wird, der Lüge von roten Wien ein Ende

zu machen, daß es den Sozialdemokraten nicht mehr gelingen wird, die von Blutrösten rote Stadt als eine sozialistische Gemeinde hinzustellen. Aber die menschliche Dummheit ist größer als jede meßbare Größe. Wie eh und je gehen die öden Robtäuscher mit dem „roten Wien“ hausieren und die Welt fällt ihnen darauf herein. Es ist daher notwendig, einmal von Grund aus den ganzen Schwindel von Sozialismus in Oesterreich bloßzustellen.
Faktisch besitzt die Sozialdemokratie, welche fast die Hälfte der Parlamentsmandate innehat, im Staat nicht die allergeringste Macht. Im Parlament besteht ihre Tätigkeit darin, sich überstimmen zu lassen, auf der Straße wagt sie nicht einmal mehr die harmloseste Demonstration zu machen, ausgenommen das obligate Volkstest am 1. Mai. Die Partei ist sich ihrer absoluten Bedeutungslosigkeit auch vollkommen bewußt und strebt daher einmütig und mit ganzer Kraft nach der Koalition. Sie will wenigstens ein bißchen „mitregieren“. Die Herrschaft des Kapitals ist die schrankenloseste, die Ausbeutung furchtbar. Ein Hilfsarbeiter verdient im Monat 120 Schilling, das sind 71 Mark. Eine Schneiderin hat 90 Schilling, eine Kontoristin nur 60 Schilling monatlich. Natürlich sind nicht alle Löhne so niedrig. Ein Stadtrat z. B. bezieht in der „roten“ Gemeinde 3000 Schilling monatlich. Dafür hat ein Arbeiterjeder nur 75 Schilling auf den Monat, das sind 44 Mark, so gleicht sich alles aus im „Sozialismus“.

Die Zahl der Arbeitslosen läßt sich überhaupt nicht schätzen. Amtlich werden nur diejenigen gezählt, die eine Unterstützung erhalten. Jung Zehntausende, die keine mehr erhalten, und jene, die nie erhalten haben, weil sie nie gearbeitet haben, sondern schon seit dem Verlassen der Schule arbeitslos sind, werden nicht gezählt. Drei- und vierjährige Arbeitslosigkeit ist etwas alltägliches. Man kann annehmen, daß in Wien jeder vierte erwerbsfähige Mensch erwerbslos ist. Ja, aber der Mieterschutz! Dafür brauchen ja die Leute keinen Zins zu zahlen! Allerdings. Woher sollten sie ihn auch zahlen? Der Mieterschutz besteht nicht deshalb, weil ihn die Sozialdemokraten so heldenhaft mit Trommeln, Pfeifern und Kinderklappern im Parlament verteidigt haben, sondern er besteht, weil die vollkommen bankrotte österreichische Wirtschaft nicht imstande ist, das Häuserkapital zu reproduzieren, weil es physisch unmöglich ist, aus den gänzlich verelendeten Massen auch noch den Goldzins herauszuholen! Man müßte die Hälfte der Bevölkerung delogieren. Auch in dem faschistischen Polen besteht heute noch der Mieterschutz. Nicht, weil ihn Pilsudski hält, sondern aus rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Wo nichts ist, hat eben auch der Hausherr das Recht verloren, das ist das ganze Mysterium des Mieterschutzes. Aber die gewaltige Aufbautätigkeit der Gemeinde! Die Bauten, die Bäder... stehen in geradem Verhältnis zu der Ziffer der Selbstmorde. Der Mieterschutz und die Wohnbautätigkeit, das sind die beiden Hauptschlagern, mit denen die Partei die Massen des Kleinbürgertums gewinnt. Obtrug gibt es in Wien gar keine Wohnungsnot. Vor dem Kriege betrug die Einwohnerzahl zweieinhalb Millionen, heute 1.800.000 und die nicht noch beehviert ab. Im Jahre 1927 war die Zahl der Geburten um 5574 niedriger als die der Todesfälle, (in der Stadt des Sozialismus), wozu noch die Auswanderer kommen. Aber jeder Lump, der etwas auf sich hält, hat eine Wohnung von zehn Zimmern, drei bis vier, er hat nicht viel zu zahlen, und sein lieber Mitbürger, der keine Wohnung hat, kann zwischen den Mietgeblätern der Gemeindebuden schlafen oder unter den Brücken der elektrifizierten Stadtbahn. Die Obdachlosigkeit hat nicht im geringsten abgenommen, denn was auf der einen Seite die Gemeinde an Wohnungen hervorbringt, das erwirbt auf der anderen Seite die Bourgeoisie, (natürlich in Form von großen Wohnungen), durch Kauf und „Ablöse“. So ist die ganze Wohnbaupolitik die reine Danaidenpolitik, ein Wasserschöpfen mit Fässern ohne Boden; für den armen Teufel kann die Wohnungsnot niemals beseitigt werden, solange man nicht der Bourgeoisie die Wohnungen wegnimmt. Darüber ist sich die SP. vollkommen im klaren, aber sie braucht diese Wohnbauten, weil sie die unbeherrschbare Wahlkreise sind; der Kleinbürger sieht, das etwas geleistet wird. So werden für diesen Zweck ungeheure Summen an Steuergeldern aus den Knochen eines verhungerten Volkes herausgepreßt, damit das Bankkapital seinen Profit hat und die SP. ihren Wahlschlagern.

Und nun kommen wir zum letzten Kapitel: der Faschismus in Oesterreich. Durch die Schwelchepolitik der Sozialdemokraten im allgemeinen, am meisten aber durch ihr offenes Zusammengehen mit den Christlichsozialen in den Ländern, hat das Proletariat den Glauben an den Sozialismus verloren. Hierin liegt ja die Tragödie der Arbeiterklasse, daß sie durch das Versagen und den Verrat der alten Organisationen nicht die Kraft schöpft, neue zu schaffen, sondern den Glauben an die Sache selbst verliert und sich schließlich dem Faschismus ergibt. Seit Jahr und Tag arbeitet die Bourgeoisie an dem Aufheben der faschistischen „Heimwehren“ in der Provinz. Diese Heimwehren sind glänzend ausgerüstet, werden täglich stärker, rücken immer näher an Wien heran und sollen es schließlich überschwemmen. Vorherhand ist allerdings ihr Arbeitsfeld ausgebrochen, sie wurden von der Sozialdemokratie niederschlagen. Niemand wird die SP. das Proletariat gegen den Faschismus mobilisieren, denn sie fürchtet sich vor der Revolution tausendmal mehr als vor dem Faschismus. Mit diesem wird sie sich schon irgendwie einigen 2 la d'Aragona. Die Heimwehrrückzüge sind bereits in ihren Zeitungen von „Marsch auf Wien“. So sieht es in Oesterreich, dem Paradeplatz der II. Internationale, in Wirklichkeit aus. — Die komm. Arbeiter-Gruppe Oesterreichs läßt nun vor der Aufgabe, die Massen des städtischen und ländlichen Proletariats zu ertecken aus dem politischen Todesschlaf, sie aus dem Weg zum Unterang herauszureißen in das Licht der Freiheit. Den internationalen Genossen aber sollen diese Aufklärungen über das wahre Oesterreich ein Ansporn sein, nicht zu erlösen in dem großen Kampf gegen eine „Welt von Lüge und Genossinheit und lägen Berge auf uns, dennoch muß das Werk gelingen!“

Aus den Wirtschaftskreisen

Die alte Utopie

Im Weissenfelder Konsum-Verein, einer der Hauptstützen der Komm. Partei im Halbesbrunnener Bezirk, entwirrt sich die reformistische Idee, als wäre es im kapitalistischen Staat möglich sozialistische Einrichtungen zu schaffen — für jeden denkenden Arbeiter recht anschaulich! Während in diesem sogenannten Arbeiter-Betriebe die schlimmsten Antreibermethoden herrschen, was in der fanatisch eingestellten Arbeiterschaft der SPD und KPD, als kommunistische Notwendigkeit selbst in Mitgliederversammlungen der Partei, sowie in den Zellenversammlungen der KPD, plausibel gemacht wird, ist es an der Zeit, daß sich das Weissenfelder Proletariat mit diesen proletarischen Säulen beschäftigt. Während der ganzen Zeit, wo die KPD, die uneingeschränkte Mehrheit im Vorstand und Aufsichtsrat hatte, wehrten sich die Angestellten der KPD, des Konsumvereins, irgend einem SPD-Angebot ein Häufchen zu krümmen, weil ja ihre Politik auf inniges ethisches Arbeiten mit der Einheitsfrontpolitik ihrer Partei Schritt halten mußte. Anders stellten sich die Helden ein, als einzige bisherige Kommunisten durch den von Stute zu Stute sinkenden Weg zum Reformismus die KPD verließen und sich zur damaligen E. L. bekannten. Es setzte ein wüstes Hetzen und Schikanieren ein, die alle kommunistischen Methoden in den Schatten stellt. Der in der Arbeiterbewegung stehende Genosse H., welcher Gewerkschaftskartellkassierer war, und auf Grund seiner politischen Einstellung dieser konterrevolutionären Organisation den Rücken kehrte und in die Allgemeine Arbeiter-Union eintrat, hatte als bisheriger Funktionär der Gewerkschafts- und Parteibewegung darunter am schlimmsten zu leiden. Bis es eines schönen Tages dieser Kluge gelang, ihn dafür verantwortlich machen zu wollen, daß der Motor im Bäckereibetrieb angeblich die ganze Nacht gelaufen wäre, obwohl der verantwortliche Schichtführer nichts gehört hat am Abend, als sie den Betrieb verlassen haben und der Betriebsrat J., das ebenfalls bestätigen mußte. Ebenfalls brachten sie auf dem Gewerkschaftsgericht allerhand auf einmal entdeckte Fahrlässigkeiten vor, und so gelang diesen erbarmlichen Leute ihr schändliches Handwerk, diesen vier Genossen aus der Arbeit zu bringen.

Jetzt vor einigen Tagen war der Intern. Genossenschaftstax, wo die Genossenschaften des Bezirksverein Weissenfeld-Nürnberg und Umgebung Werbeplakate anschlug, wo sie die Angestellten und Arbeiter aufforderten, Mitglieder ihrer Genossenschaft zu werden. In großen Lettern wurde angesprochen: „Fünf Minuten dauert die Kabinettssitzung, und innerhalb dieser fünf Minuten fällt sie diese „schwerwiegende Entscheidung“.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die „Macht“, die Ihr durch den Stimmzetteln ausübt, nicht nur keine „Macht“ ist, sondern Ihr setzt damit die Vertreter eurer Klasse erst in die Lage, Verrat an Euch zu üben. Ihr seht daran: durch den Parlamentarismus züchtet Ihr selbst der Verrat.

Die Sozialdemokratie hat Euch verraten. So schallt es in allen Gassen und Gauen. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, daß die Arbeiter, die von der Sozialdemokratie etwas anderes erwarten als Verhöhnung des Proletariats und aktive Unterstützung der Konterrevolution, die Taten dieser Partei in Krieg und Revolution vergessen haben müssen. Wenn die konterrevolutionäre Fratze der II. Internationale noch nicht deutlich genug ist, wer von ihr nicht „Verrat“ erwartet, der erwartet von dem Teufel, daß er ihn in den Himmel führt.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich nur selbst treu geblieben! Sie haben aus dem Ruf Marxens: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ gemacht: Proletarier aller Länder schlachtet Euch! Sie waren die niederträchtigsten Kriegshetzer. Sie haben dem Militarismus die Stiefel geleckt. Sie haben einen Spitzelapparat organisiert, um die „Hochverräter“ ihren Auftraggebern auszuliefern. Sie haben die Revolution im Blute erstickt. Sie haben die Schlichtungsordnung geschaffen. Sie wurden von jungen Huren zu alten Betschwärmern, als das deutsche Kapital den Krieg verloren hatte, und bettelten um den kapitalistischen Frieden. Sie beteten in Zeiten der Ohnmacht der deutschen Bourgeoisie ihr verlogenes pazifistisches Vaterunser. Aber was sie taten, taten sie im Dienst des Kapitals.

Die deutsche Bourgeoisie aber wittert wieder Morgenluft! Aus dem „schwachen Deutschland“ wurde ein „gleichberechtigter Staat“. Die „Neuenteilung der Welt“ wird von neuem vorbereitet. Die Dunkelkammern der internationalen Diplomatie arbeiten, Bündnisse, offen und heimlich, laufen von Land zu Land, kräuzen sich. Fieberhaft wird gerüstet, — um den „Frieden“ zu erhalten. Die Kriegstechnik arbeitet — abgeschlossen vor den Blicken der Öffentlichkeit, die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise erhöht die politischen Spannungen. Die Möglichkeiten kehren wieder, wo „das Vaterland“ in Gefahr gerät, und die Sozialdemokratie es „nicht im Stich läßt“.

Organisatorische Mittellungen

Nächste öffentliche Diskussion am Sonntag, den 25. August, abends 6 Uhr, im Gasthaus zur Linde am Theaterplatz. Sympathisierende Leser der „KAZ“ und des „Kampfruf“ sind hierdurch eingeladen.
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwamm, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszonat, Berlin O 17; Langstr. 79.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.	Berlin, 25. August 1928 Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 826 42. Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.	Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wochentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.
---	---	--

Rüstung des Kapitals — Rüstung des Proletariats!

Arbeiter, Klassengenossen!

Die Sozialdemokratie hat für ihre Bereitschaft, den Panzerkreuzer zu bewilligen, fünf Minuten gebraucht. Fünf Minuten dauerte die Kabinettssitzung, und innerhalb dieser fünf Minuten fällt sie diese „schwerwiegende Entscheidung“.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die „Macht“, die Ihr durch den Stimmzetteln ausübt, nicht nur keine „Macht“ ist, sondern Ihr setzt damit die Vertreter eurer Klasse erst in die Lage, Verrat an Euch zu üben. Ihr seht daran: durch den Parlamentarismus züchtet Ihr selbst der Verrat.

Die Sozialdemokratie hat Euch verraten. So schallt es in allen Gassen und Gauen. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, daß die Arbeiter, die von der Sozialdemokratie etwas anderes erwarten als Verhöhnung des Proletariats und aktive Unterstützung der Konterrevolution, die Taten dieser Partei in Krieg und Revolution vergessen haben müssen. Wenn die konterrevolutionäre Fratze der II. Internationale noch nicht deutlich genug ist, wer von ihr nicht „Verrat“ erwartet, der erwartet von dem Teufel, daß er ihn in den Himmel führt.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich nur selbst treu geblieben! Sie haben aus dem Ruf Marxens: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ gemacht: Proletarier aller Länder schlachtet Euch! Sie waren die niederträchtigsten Kriegshetzer. Sie haben dem Militarismus die Stiefel geleckt. Sie haben einen Spitzelapparat organisiert, um die „Hochverräter“ ihren Auftraggebern auszuliefern. Sie haben die Revolution im Blute erstickt. Sie haben die Schlichtungsordnung geschaffen. Sie wurden von jungen Huren zu alten Betschwärmern, als das deutsche Kapital den Krieg verloren hatte, und bettelten um den kapitalistischen Frieden. Sie beteten in Zeiten der Ohnmacht der deutschen Bourgeoisie ihr verlogenes pazifistisches Vaterunser. Aber was sie taten, taten sie im Dienst des Kapitals.

Die deutsche Bourgeoisie aber wittert wieder Morgenluft! Aus dem „schwachen Deutschland“ wurde ein „gleichberechtigter Staat“. Die „Neuenteilung der Welt“ wird von neuem vorbereitet. Die Dunkelkammern der internationalen Diplomatie arbeiten, Bündnisse, offen und heimlich, laufen von Land zu Land, kräuzen sich. Fieberhaft wird gerüstet, — um den „Frieden“ zu erhalten. Die Kriegstechnik arbeitet — abgeschlossen vor den Blicken der Öffentlichkeit, die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise erhöht die politischen Spannungen. Die Möglichkeiten kehren wieder, wo „das Vaterland“ in Gefahr gerät, und die Sozialdemokratie es „nicht im Stich läßt“.

Nicht sein militärischer Wert steht zur Diskussion, sondern ein Prinzip. Nach der Logik der Sozialdemokratie sollte er nur deswegen nicht gebaut werden, weil sein Gefechtswert zu gering ist. Bessere größere können gebaut werden! Aber, Proletarier, was will Ihr von den wirklichen Rüstungen? Was will Ihr von den wirklichen Möglichkeiten vorbereiteter Organisation für moderne Kriegsrüstung? Ihr will nichts! Ihr will nur, daß die kriegsentwickelte Technik, die geheimen militärischen Verträge, in ganz kurzer Zeit ermöglichen, was früher erst in Jahren ermöglicht wurde.
Und weil das so ist, deswegen bedeutet die zynische Bereitschaft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die zynische Vorbereitung eines neuen internationalen Halsabschneidens für das Proletariat.
Wollt Ihr das?

Wenn Ihr das nicht wollt, dann müßt Ihr begreifen, daß Ihr mit einer Politik brechen müßt, die kein anderes Ergebnis zeitigen kann. Zu dieser Politik gehört auch die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Ueberlegt! Es ist dies derselbe Schwindel, wie die Wahlmanöver der SPD. Mit dem Stimmzetteln könnt Ihr das Kapital nicht angreifen, nicht schlagen und erst recht nicht besiegen. Der Stimmzettler der KPD ist weiter nichts, wie der Versuch, Eure Wut für eine Politik auszunutzen, die im Grunde genommen — sozialdemokratisch ist.

Die SPD, bewilligt Panzerkreuzer. Die KPD, deckt die Granatenlieferungen für die Reichswehr durch Rußland! Die SPD, bewilligt den Militärretat — die KPD, lehnte ihn ab, nur weil ihre Abänderungsanträge nicht angenommen wurden, aber sie war bereit, Millionen für Marine, Heer, Polizei, Justiz usw. zu bewilligen! Die SPD, unterstützt den Militarismus der Bourgeoisie ihres Vaterlandes — die KPD, unterstützt die Bourgeoisie, die mit Rußland verbündet ist: in Litauen, in der Türkei, in Afghanistan usw. Die SPD, bewilligt Hindenburg ein Spielzeug in Gestalt eines Panzerkreuzers, und Moskan dem Amassall eines in Gestalt eines Ehrensabels der „Roten Armee“. Die SPD, handelt mit „Sozialismus“, um ihre konterrevolutionären Pläne zu verwirklichen, und die III. Internationale und ihre Sektoren mit „Kommunismus“.

Die Rüstung des Proletariats kann nicht gefördert werden durch negative Proteste und durch Wiederholung derselben Fehler unter anderer Phraseologie. Die Rüstung des Proletariats muß sein die Zertrümmerung der parlamentarischen Organisationen, weil diese zu Werkzeugen der Bourgeoisie geworden sind. Vierzehn Jahre wandelt Ihr die verhängnisvollen Irrwege, trotzdem 1914 jeden denkenden Arbeiter klar werden mußte, daß der Bankrott der II. Internationale begründet lag in dem Organisationssystem und der parlamentarischen Taktik. In diesen vierzehn Jahren seid Ihr von Niederlage zu Niederlage geschritten — und Eure Führer wurden immer „mächtiger“!

Rafft Euch endlich auf! Verlaßt die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien und arbeitet an dem Zusammenschluß Eurer Klasse in Betriebsorganisationen! Die großen Sklavenreservoirs, sind die natürlichen Zentren Eurer Kraft, die von Betrieb zu Betrieb verbunden, die ganze Klasse zu einer selbstbewußten Einheit schmieden muß. Nur so ist ein wirklicher Kampf gegen das Kapital möglich. Nur so könnt Ihr selbst handeln. Nur so wird Arbeitersolidarität über Führerverrat siegen.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei, die Partei der revolutionären Kommunisten, die wissen, daß der Kommunismus die proletarische Wahrheit ist, und die es ablehnen, Euch mit der Lüge vom „Arbeiterstaat“ in Rußland zu traktieren, wird Euch mit ihrem ganzen Können, ihren Erfahrungen, ihrem unerschütterlichen Willen zum Siege vorangehen. Aber befreien müßt Ihr Euch selbst! Und darum müßt Ihr auch selbst den Anfang machen.
Der Geist von 1914 geht wieder um. Der Parlamentarismus blüht, — bald werden die Früchte reifen auf militärischem Gebiete, wie sie schon reifen auf dem Gebiete des „wirtschaftlichen Aufbaues“. Zu Millionen Erschlagener kamen Millionen Verhungerte. Und schon kündigen die Aesaeer das kommende blutige Fest.

Ihr habt nichts mehr, gar nichts mehr zu verlieren! Das Proletariat kann nur siegen im Zeichen der Räte! Es kann die kapitalistische Katastrophe nur erfolgreich überwinden durch die Vorbereitung und Aufrichtung seiner Klassendiktatur!
Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
) Reichstagsdrucksache 2192 und 2193.

Die Panzerkreuzerpolitik der Sozialdemokratischen Parteien

Durch die Panzerkreuzerfrage, die Tausende von Arbeitern in Erregung gebracht hat, ist eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung anzuführen, soll alles Drum und Dran überhaupt einen Sinn haben. Das ist die Frage: Hat die Sozialdemokratie nach dem Kriege eine solche Wendung ihrer Politik vorgenommen, daß die Bewilligung der Mittel für den Bau besagten Panzerkreuzers als ein Rückfall in die Politik der „Vaterlandsvertheidigung“ angesehen werden kann? Davon kann wohl keine Rede sein. Die Sozialdemokratie ist der Politik, die 1914 greifbar blutige Fozen für das Proletariat zeitigte, in allen Einzelheiten treu geblieben. Es ist nötig, denn je, dies immer wieder festzustellen; weil nur so das Proletariat gegen Ueberraschungen gesichert ist. Man darf von einer Distel nicht Feigen ernten wollen. Will man es trotzdem und flucht über die Gemeinheit der Distel, wenn sie den Hoffenden enttäuscht, so spricht dies wirklich nicht für die Intelligenz des Fluchenden und Schimpfenden.

Die Sozialdemokratie ist eine bürgerlich-demokratische Partei! Das soll noch nicht einmal eine „Herabsetzung“ sein, sondern nur die Feststellung einer Tatsache. Ihr Kampf galt nach der zusammengebrochenen Monarchie der Republik, und die Sozialdemokratie meint damit die Republik, die da ist, und diese Republik ist kapitalistisch! Der verlorene Krieg hat dieser Republik die Flügel stark beschneidet. Wer das Spiel verliert, muß, und erst recht nach einem Kriege, die Zeche dem Proletariat herausgeschulden werden.

Jedoch nichts ist beständig in dieser Welt; auch nicht das Weltbild, das die Sieger von der Herrschaft über die kapitalistische Welt zurechtgelegt haben. Die arg zersaun, an den Ohren gezwickte Republik und ihre Regierer sind nicht blind dafür, daß die wachsenden Gegensätze in der kapitalistischen Welt die Werte neu umwerten, die gegeneinanderstehen. Das „siegreiche Frankreich“ ist heute durch riesige Schulden in starke Abhängigkeit von Amerika geraten. Seine einstige äußerlich imposante militärische Kraft gebrochen. Langsam gibt es seine Pländer frei und räumt die besetzten Gebiete; wenn auch langsam, aber es folgt dem Druck. England hat Mühe, sein „Weltreich“ zusammenzuhalten; und um Gegenspieler auf dem europäischen Kontinent, Frankreich, in Schach zu halten, hat es öfter als einmal der deutschen Republik den Rücken gestärkt. Der amerikanische Botschafter feierte eben durch kräftige Roden den Stapellauf der „Europa“ und der „Bremen“, nicht um der außergewöhnlichen Eigenschaften der deutschen Pazifisten willen, sondern weil überschüssiges Kapital der Gläubigerländer der Welt in deutschen Handel und deutsche Produktion seinen Weg finden muß, sollen seine Besitzer nicht im eigenen Fett erstickten. Unter diesen Umständen reicht natürlich der jungfräuliche Pazifismus der Hindenburg-Republik den Weg, der jungfräulichen Ehre einer nach unglücklicher Liebe chemisch gereinigten vollen Jungfrau; sie findet wieder Anschluß und schließt in vollen Zügen ein, was man so den Sinn des Lebens nennt, auch wenn dieses Draufgänger-tum schon einmal Schande und Aerger über die Familie und Familienbande brachte. Und eine kapitalistische Republik ohne imperialistische Ziele, ohne Willen, den „Platz an der Sonne“ wieder zu erobern, ohne Reichswehr, ohne Flotte, ohne Schutz und ohne „Wacht am Rhein“, — das ist in der Tat ein Ding wie eine „deutsche Jungfrau ohne Mann“. Die deutsche Republik — wir haben dies schon öfter in einzelnen Ausdrucks- andersgesetzt — ist aus ihrer „pazifistischen“ Aera heraus und fühlt sich stark genug, legal und vor aller Augen ihre Flotte neu aufzubauen, ihre Reichswehr in noch exaktere Ordnung zu bringen. Das ist der Sinn des Panzerkreuzers.

Hier ist also zu beginnen und die Frage aufzuwerfen: Wird die Sozialdemokratie dieser Republik „keinen Mann und keinen Groschen“ geben, wie das zu allen Zeiten einmal, wenn auch nur scheinbar, Grundsatz war? Wer das erwartet und noch erwartet, der ist mit Blindheit gestraht. Der Reformismus

Klassenbewußte Arbeiter lesen die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“
Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13